

Resolution

der Mitglieder der Vertreterversammlungen der Kassenärztlichen Vereinigungen und der Kassenärztlichen Bundesvereinigung, der Mitglieder der Vorstände der Kassenärztlichen Vereinigungen und der Kassenärztlichen Bundesvereinigung und der freien Verbände sowie der ärztlichen und psychotherapeutischen Berufsverbände auf Bundes- und Landesebene anlässlich der Sitzung der Vertreterversammlung der KBV am 1. September 2012

„Die gesundheitliche Versorgung unserer Patienten ist wertvoll, Schluss mit den Diffamierungen!“

Das zuletzt bekannt gewordene „Gutachten“ der Krankenkassen und die damit verbundene Forderung des GKV-Spitzenverbandes zur Absenkung der Gesamtvergütung um insgesamt rund 2,2 Milliarden Euro pro Jahr macht mehr als deutlich, dass es den gesetzlichen Krankenkassen eben nicht um die Verbesserung der ambulanten ärztlichen und psychotherapeutischen Versorgung und damit der Versorgung ihrer Versicherten geht.

Es ist nicht die gesetzliche Aufgabe des GKV-Spitzenverbandes, die ambulante Versorgung in Deutschland „kaputt zu sparen“! Die gesetzlichen Krankenkassen in Deutschland stellen doch keinen Selbstzweck dar. Ihre Aufgabe ist es, die Versichertengemeinschaft gegen Risiken (wie z. B. Behandlungskosten bei Krankheit) abzusichern. Dafür müssen sie dann auch die notwendigen Finanzmittel zur Verfügung stellen.

Das ist die beste Anlage für die von den Versicherten in Deutschland bereitgestellten Mittel!

Der Beschluss des Erweiterten Bewertungsausschusses vom 30. August 2012 ist für uns Ärzte und Psychotherapeuten ein unerträgliches Zeichen dafür, dass sich die gesetzlichen Krankenkassen ihrer Verantwortung, mit uns gemeinsam eine gute Versorgung zu organisieren, nicht mehr bewusst sind. Dieser Beschluss bedeutet nicht, dass Ärzte und Psychotherapeuten mehr Geld bekommen, sondern dass wegen des fehlenden Ausgleichs der seit 2008 gestiegenen Kosten ein realer Einkommensverlust in Höhe von 10 Prozent beschlossen wurde. Das können wir nicht hinnehmen, dieser Beschluss ist eine Gefahr für die Aufrechterhaltung der ambulanten vertragsärztlichen Versorgung. Wir wollen keine Rationierung, aber dieser Beschluss zwingt uns, die von uns erbrachten notwendigen Leistungen an das von den Krankenkassen so festgelegte Finanzvolumen anzupassen! Wir sind es unseren Patienten schuldig, diesen Beschluss nicht zu akzeptieren! Wir werden dagegen klagen, und wir fordern das Bundesgesundheitsministerium auf, diesen Beschluss zu beanstanden.

Herr Minister Bahr, handeln Sie, wenn Sie ein Interesse an der ambulanten Versorgung haben!

Berlin, 1. September 2012

Erläuterung/Begründung

39 Deutschland wird ein Land des langen Lebens. Noch nie waren die Aussichten auf ein
40 langes, gesundes und aktives Leben so groß wie heute. Bessere Lebensbedingungen,
41 der große medizinische Fortschritt, aber insbesondere auch eine funktionierende flä-
42 chendeckende ambulante Versorgung durch Vertragsärzte und -psychotherapeuten ha-
43 ben einen erheblichen Anteil daran, dass die Lebenserwartung seit 150 Jahren jährlich
44 um rund drei Monate steigt. Damit dies möglichst lange so bleibt, braucht Deutschland
45 ausreichend motivierte niedergelassene Ärzte und Psychotherapeuten, die fachlich un-
46 abhängig arbeiten können und sich damit der Sicherung der Gesundheit der Bevölke-
47 rung und dem Allgemeinwohl verpflichtet fühlen.

48 Die Motivation dazu entsteht unter anderem durch Wertschätzung der Arbeit sowie eine
49 faire und angemessene Vergütung!

50 Doch was machen die gesetzlichen Krankenkassen in Deutschland, die sich eigentlich
51 um eine gute Versorgung ihrer Versicherten kümmern müssten?

52 Sie zeichnen ein Bild der niedergelassenen Ärzte und Psychotherapeuten, das geprägt
53 ist durch Aufzählungen von Negativbeispielen, Unterstellungen und Verallgemeinerun-
54 gen: Demnach sind sie Pfuscher, Betrüger und Abzocker, die zu viel Geld verdienen.
55 Dabei sprechen die geistigen Urheber bevorzugt von einer anonymen Masse von „Leis-
56 tungserbringern“. Dass niedergelassene Ärzte und Psychotherapeuten mit ihren in den
57 Praxen tätigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern rund um die Uhr für ihre Patienten da
58 sind, fast 20 Milliarden Euro in ihre Praxen und Geräte investiert haben und jeden Monat
59 für die Gehälter ihrer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter gerade stehen müssen, wird dabei
60 außer Acht gelassen.

61 Diese Verunglimpfungen werden wir nicht länger hinnehmen! Sie sind ein Schlag ins
62 Gesicht aller niedergelassenen Ärzte und Psychotherapeuten!

63 Wir fordern für unsere Kolleginnen und Kollegen, deren Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter
64 und deren Familien den Respekt ein, den sie verdienen!

65 Es muss Schluss sein mit den haltlosen Unterstellungen der Krankenkassen gegenüber
66 einem gesamten Berufsstand. Wir wollen auch nicht mehr ständig mit dem Vorwurf kon-
67 frontiert werden, dass wir immer mehr Geld wollen, wenn es uns um die Versorgung un-
68 serer Patienten geht.

69 Wir fordern die Wertschätzung der ärztlichen und psychotherapeutischen Tätigkeit sowie
70 ausreichende Finanzmittel, wenn wir die ambulante ärztliche und psychotherapeutische
71 Versorgung in Deutschland sicherstellen sollen – nicht mehr, aber auch nicht weniger.